

Die Economiesuisse befiehlt - kuschelt jetzt der Nationalrat?

Endlich Schadenersatz für die Asbestopfer? Kommt nicht in Frage, sagen die Lobbyisten von Economiesuisse und Versicherungsverband.

Susanne Leutenegger Oberholzer ist eine erfahrene Politikerin. Doch so etwas hat die Baselbieter SP-Nationalrätin in ihren über 18 Jahren im Parlament noch nie erlebt: „Das ist unverschämt!“ Das Mitglied der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats kommentiert das Powerplay der Wirtschaft gegen die Verlängerung der Verjährungsfristen im Haftpflichtrecht: „Offenbar meint Economiesuisse, sie könne in einer Legislativkommission Anträge stellen. Und das auch noch im Befehlston. Das ist bisher einmalig und unerhört!“

Asbestopfern helfen.

Leutenegger Oberholzer ärgert das umso mehr, als es um den Schutz von Arbeiterinnen und Arbeitern geht: „Ausgerechnet dagegen laufen der Wirtschaftsverband Economiesuisse, der Gewerbeverband und der Versicherungsverband Sturm.“ Mit der Teilrevision des Obligationenrechts will der Bundesrat Menschen mit gesundheitlichen Spät- oder Langzeitschäden besserstellen. Zum Beispiel die Asbestopfer. Denn oft vergehen Jahrzehnte, bis sich die Folgen des Kontakts mit Asbest bemerkbar machen und die Betroffenen erkranken.

Deshalb soll die „absolute Verjährungsfrist für Ansprüche aus Personenschäden“ auf 30 Jahre verlängert werden. In einem Schreiben an die „sehr geehrten Nationalrätinnen und Nationalräte“ der Rechtskommission macht Economiesuisse dagegen Stimmung: „Wir beantragen“, schreibt der Verband im Kasernenton, „die Interessenvertreter sind anzuhören.“ Und weiter: „Die Vorlage ist zurückzuweisen“. Grund: eine Verlängerung sei für die Unternehmen zu teuer.

Dabei geht die Vorlage des Bundesrats auf parlamentarische Vorstösse (auch bürgerliche) und eine Motion der Rechtskommission des Nationalrats zurück. Die Vorstösse hatten insbesondere den besseren Schutz von Asbestopfern zum Ziel. Weil die Verjährungsfrist in der Schweiz schon zu laufen beginnt, wenn die Geschädigten mit Schadstoffen in Kontakt kommen, haben die meisten Asbestopfer mit der heutigen Frist von 10 Jahren keine Möglichkeit mehr, auf Schadenersatz zu klagen. Verjährungsfristen von 30 Jahren gibt es bereits in der Gentechnik und im Strahlenschutz. Neu soll diese Frist generell gelten und auch Asbestopfern die Möglichkeit auf Schadenersatz geben. Die tödlichen Folgen von Asbest sind unbestritten. Trotzdem will die Wirtschaft die neue Frist mit allen Mitteln verhindern.

Druck von Versicherungen.

Kuschelt jetzt die Politik? Ende Januar hat die bürgerliche Mehrheit der Rechtskommission beschlossen, die Interessenverbände anzuhören, bevor sie entscheidet, ob sie auf die Vorlage eintreten oder sie zurückweisen will. Im letzteren Fall käme sie nicht einmal ins Parlament - wie kürzlich die Totalrevision des Versicherungsvertragsgesetzes. Auch hier hatte der Versicherungsverband massiv lobbyiert. Für Dario Mordasini, Unia-Verantwortlichen für Gesundheit und Arbeitsplatzsicherheit, ist all dies „ein Affront gegenüber Asbestopfern und ihren Angehörigen“.

Susanne Leutenegger Oberholzer befürchtet, dass die Vorschläge des Bundesrats auf Widerstand stossen. Denn „in der Kommission sitzen Interessenvertreterinnen und –vertreter“. Darunter die Berner FdP-Nationalrätin Christa Markwalder, die bei der Zürich-Versicherungsgruppe arbeitet und Mandate hat bei Economiesuisse und beim Versicherungsverband. Doch auch Vertreter der Bauwirtschaft wehren sich gegen mehr Schutz für Asbestopfer. „Unverständlich und unklug“ ist das in Leutenegger Oberholzers Augen: „Gerade die Bauwirtschaft müsste ein Interesse haben, dass ihre Leute bei Asbestsanierungen besser geschützt sind.“

Leutenegger Oberholzer fürchtet, dass die Verjährungsfrist nicht oder viel zu wenig verlängert wird. Es könnte eine Schmalspurlösung nur für Asbestopfer geben, etwa einen Fonds. „Das wäre unglaublich kurzsichtig, denn einerseits drohen bei den laufenden Asbestsanierungen weitere Schadenfälle. Andererseits steht mit den bisher zu wenig bekannten Risiken und Langzeitfolgen der Nanotechnologie das nächste Problem schon vor der Tür.“

Matthias Preisser.

Work online, 6.2.2014.

Personen > Preisser Matthias. Asbest. Economiesuisse. Work. 2014-02-06